

HOHER RAT

Battistellis Patentamt bleibt eine rechtliche Insel

Das Europäische Patentamt in Rijswijk erhält viel Kritik. Niederländische Richter dürfen sich nur nicht mit dieser Kritik beschäftigen.

Von unserem Redakteur

Eppo König

AMSTERDAM. Darf ein Arbeitgeber in den Niederlanden Arbeitnehmer ohne Anwalt von Privatdetektiven verhören lassen? Darf er Gewerkschaftsführer entlassen oder ihre Gehälter oder Rentenansprüche kürzen? Darf er der Gewerbeaufsicht den Zutritt verweigern, nachdem sich ein suizidaler Arbeitnehmer aus einem Fenster des Amts stürzte?

All das ist im Europäischen Patentamt in Rijswijk passiert, aber niederländische Richter dürfen nicht über das Patentamt urteilen. Das hat der Hohe Rat Freitagmorgen in einem mit Spannung erwarteten Urteil bestätigt. Der Hohe Rat sagte, das Patentamt sei als internationale Organisation in den Niederlanden unverletzlich.

Das Patentamt ist mit anderen Worten also eine Art rechtliche Insel in den Niederlanden.

Das Urteil des Hohen Rats ist für alle 40 internationalen Organisationen in den Niederlanden – wie dem Internationalen Gerichtshof und der Europäischen Weltraumagentur – von Bedeutung. Für die Gewerkschaft SUEPO des Patentamts ist das Urteil ein schwerer Schlag.

Gut bezahlte Arbeitnehmer

Das Patentamt genehmigt Patentanträge und verleiht Patente, die in allen 38 Mitgliedsländern des Amts gültig sind. Mit Kunden wie Philips, Samsung, LG und Siemens ist das Patentamt für den Schutz des europäischen Marktes wichtig. 7000 speziell ausgebildete und gut bezahlte Arbeitnehmer arbeiten in den Zweigstellen in den Niederlanden, in Deutschland, Österreich und Belgien.

Das Patentamt ist auch berüchtigt wegen seines temperamentvollen französischen Präsidenten Benoît Battistelli (66). Der Präsident führt schon seit Jahren einen Krieg mit der Gewerkschaft SUEPO, die nach eigenen Aussagen die Hälfte des Personals vertritt, aber nicht offiziell anerkannt wird. Im vergangenen Jahr wurden drei Gewerkschaftsvertreter entlassen und drei andere herabgestuft. Die SUEPO kritisiert den Arbeitsdruck, das autoritäre Management und die rechtliche Situation der Arbeitnehmer.

E-Mails blockieren

Die Positionen verhärteten sich, als der Haager Gerichtshof Anfang 2015 urteilte, das Patentamt müsse die Gewerkschaft anerkennen und dürfe Streiks nicht einschränken und E-Mails der Gewerkschaft nicht blockieren. Der damalige Justizminister Ivo Opstelten (VVD) wies die Gerichtsvollzieher jedoch an, das Urteil nicht auszuführen, um die Immunität anderer internationaler Organisationen zu garantieren: eine ungewöhnliche Situation.

Das Patentamt ging daraufhin beim Hohen Rat in Revision und wurde dabei vom niederländischen Staat, der sich als Partei anschloss, unterstützt. Die Niederlande wollen andere internationale Organisationen nicht vergraulen – das ist schlecht für den Ruf und die Wirtschaft. Battistelli erinnerte das Kabinett im vergangenen Jahr listig daran, dass sein Amt

„1 Milliarde Euro“ Umsatz in den Niederlanden erzeugt und „250 Millionen Euro“ in Bauarbeiten investiert.

Der Hohe Rat hat frühere Urteile des Verfügungsrichters und des Haager Gerichtshofs jetzt verworfen. Die Arbeitnehmerrechte seien ausreichend durch das interne Streitbeilegungsverfahren geschützt. Auch können Arbeitnehmer bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf Beschwerde einlegen.

Aber das Streitbeilegungsverfahren sei nicht praktikabel, und der Weg nach Genf sei lang, erwidern die Arbeitnehmer. Es gebe nur eine Lösung, sagte SUEPO-Rechtsanwältin Liesbeth Zegveld vor dem Urteil des Hohen Rats: „Dann werden wir den niederländischen Staat verklagen, da der Verstoß gegen Gewerkschaftsrechte auf niederländischem Territorium stattfindet. Unternimmt der Staat genug, um das zu verhindern? Die Antwort lautet: Nein.“

Während eines Gesprächs mit Staatssekretär Van Dam verließ Battistelli verärgert den Raum

Ausbeutung

Im kommenden Monat gibt es eine Kammerdebatte über die Arbeitsbedingungen. Bei einer Kammerdebatte im vergangenen Monat wurde das Patentamt bereits von SP, D66 und den Regierungsparteien PvdA und VVD kritisiert. Die PvdA nannte das Beispiel der Ausbeutung libyscher und sudanesischer Mitarbeiter in London. Dort gab ein britischer Richter der Europäischen Menschenrechtskonvention schließlich auch Vorrang vor der ‚diplomatischen Immunität‘!

Der Konflikt stellt für die Niederlande ein seltsames Dilemma dar. Der Staat unterstützt das Patentamt im Gerichtssaal, aber das Kabinett ist zur selben Zeit kritisch. Staatssekretär Martijn van Dam (Wirtschaftsministerium, PvdA) äußerte kürzlich in einem Kammerbrief seine Sorgen über die „schwierige Beziehung zwischen den Gewerkschaften und dem Spitzenmanagement“. Während des Kennenlerngesprächs von Van Dam und Battistelli verließ der Franzose im vergangenen Jahr verärgert den Raum.

Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums sagte, die niederländische Patentwelt sei auch besorgt. Die Niederlande werden in dem Amt von Derk-Jan de Groot, dem Leiter des Patentzentrums der Niederlande vertreten. Gemeinsam mit anderen wichtigen Patentländern wie Deutschland, Frankreich, Schweden und der Schweiz gehören die Niederlande zu den kritischen Mitgliedstaaten.

Das Problem besteht darin, dass der Vorstand aller Mitgliedstaaten, das höchste Organ, zu groß und zu vielschichtig ist, um zu einer Lösung zu kommen. Im vergangenen Jahr schien eine Revolution ausgebrochen zu sein, als 26 der 38 Mitgliedstaaten (bei 12 Enthaltungen) Battistelli zur Ordnung riefen. Sie baten um Schlichtung des Konflikts, die Einstellung der laufenden Verfahren gegen Gewerkschaftsmitglieder und eine Reformierung der Strafmaßnahmen. Aber fast alle Anträge wurden aufgeschoben, wodurch sich die Situation „noch nicht verbessert hat“, wie ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums verkündete. Ein SUEPO-Mitglied, das krank zu Hause blieb, wurde anschließend entlassen. Es sieht so aus, als wollten alle Parteien die zweite Amtszeit von Battistelli bis zum 30. Juni 2018 abwarten. Das Patentamt begrüße die „Bestätigung der rechtlichen Immunität“ durch den Hohen Rat und werde „weiterhin alles tun, um den sozialen Dialog zu fördern“, sagte ein Sprecher.